DNN Top-Klicks

1. Aus für Pumpspeicherwerk sorgt für „dicke Luft"
2. A 17: Stromausfall sorgt für Tunnelsperrung und Stau
3. Marco Hartmann kehrt zurück zu Dynamo Dresden
4. Kostenexplosion im Dresdner Schulbereich
5. Das plant Dresdens neuer Wirtschaftsbürgermeister

Stand: gestern, 17 Uhr

Letzter Spaziergang zum Südpark

Der nächste Dresdner Gartenspaziergang findet am Donnerstag, 14. September, statt. Er ist der letzte geführte Gartenspaziergang in diesem Jahr. Treffpunkt ist 16 Uhr an der Bismarcksäule, Moreauweg 1. Bei einem Blick vom Turm über Dresden und Umgebung begleitet Peter Froebel vom Verein Bismarckturm Dresden e.V. mit Informationen zur Bismarcksäule und seiner Geschichte. Anschließend wandern die Teilnehmer mit Romy Bertram vom Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft durch den Südpark. Die kostenfreien Gartenspaziergänge sind jeweils für Gruppen bis zu etwa 50 Besuchern vorgesehen.

IN KÜRZE

Hund greift Jungen an – Zeugen gesucht

Am Sonnabendvormittag gegen 9.20 Uhr hat ein Hund einen Jungen angegriffen und leicht verletzt. Der Zehnjährige war mit einem Fahrrad auf dem Fußweg der Frankfurter Straße unterwegs, als er von dem Tier angefallen und gebissen wurde. Bei dem Hund handelt es sich nach derzeitigem Ermittlungsstand um einen Schäferhund. Der Halter hatte das Tier an der Leine, verhinderte aber den Biss nicht. Er war etwa 30 bis 40 Jahre alt, ungefähr 1,75 Meter groß und hatte schwarze Haare.

Die Polizeidirektion Dresden ermittelt wegen Körperverletzung und sucht nach Zeugen, die Angaben zu dem Geschehen machen können.

Hinweise: 0351 483 22 33.

DRESDNER NEUESTE NACHRICHTEN

Impressum

Herausgeber:
Verlag Dresdner Nachrichten GmbH & Co. KG
Dr.-Külz-Ring 12, 01067 Dresden
Telefon: 0351-8075-0
Internet: www.dnn.de
E-Mail: lokales@dnn.de

Chefredakteur:
Dirk Birgel (V.i.S.d.P.)

Stellvertreter: Christin Grödel (CvD digital)
Chefreporter: Thomas Baumann-Hartwig
Newsroom: Barbara Stock, Holger Grigutsch (Telefon: 8075-234/-235/-180).
Kultur: Kerstin Leiße (Telefon: 8075-282/-280; E-Mail: kultur@dnn.de). **Sport:** Jochen Leimert, Stefan Schramm (Telefon: 8075-262/-261; E-Mail: sport@dnn.de).
Bild/Layout: Alexander Eylert

Druck:
DDV Druck GmbH
Meinholdstraße 2, 01129 Dresden

Die DNN erscheinen in Zusammenarbeit mit dem **RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND)**. Chefredaktion des RND / Verantwortlichkeit für die Inhalte: Marco Fenske, Eva Quadbeck.

Nachrichtenagenturen: dpa, afp, sid, epd

Geschäftsführer: Björn Steigert, Bernhard Bahners
Vertrieb und Marketing: Alexandra Grothe

Vertriebsservice: 0800/8075-800 (gebührenfrei)

Die Auflage ist IVW-geprüft. Im Abonnement ist das Wochenmagazin „prisma" enthalten.
Es gilt die **Anzeigenpreisliste** Nr. 20 vom 1.1.2019.

Monatlicher Bezugspreis bei Lieferung durch Zusteller für die gedruckte Zeitung 46,90 EUR (einschl. Zustellkosten und derzeit gültiger Mehrwertsteuer) oder durch die Post 53,40 EUR (einschl. Portoanteil und derzeit gültiger Mehrwertsteuer). Zusätzlicher monatlicher Bezugspreis für das E-Paper 4,00 EUR (einschl. derzeit gültiger Mehrwertsteuer). Abonnements können täglich mit einer Monatsfrist gekündigt werden.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr. Die Redaktion behält sich bei der Veröffentlichung von Zuschriften das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
Bei Nichterscheinen ohne Verschulden des Verlages bzw. durch höhere Gewalt bzw. Streik oder Aussperrung besteht kein Entschädigungsanspruch.
Die Zeitung ist in allihren Teilen urheberrechtlich geschützt. Sie darf ohne vorherige Zustimmung durch den Verlag weder ganz noch teilweise vervielfältigt oder verbreitet werden. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung auf Datenträgern. Die Rechte für die Nutzung von Artikeln für elektronische Pressespiegel erhalten Sie über die Presse-Monitor Deutschland GmbH & Co. KG, Telefon: 030 284930 oder www.presse-monitor.de.

Für die Herstellung der Dresdner Neuesten Nachrichten wird Recycling-Papier verwendet.

Architekt Alexander Pötzsch ist Stellvertretender Vorsitzender des Bundes deutscher Architektinnen und Architekten Sachsen. FOTO: ANJA SCHNEIDER

Wie man preiswerter bauen könnte

Interview mit dem Dresdner Architekten Alexander Pötzsch. Er ist überzeugt, dass sich beim Bauen Grundsätzliches ändern muss und erklärt, was erste Schritte sein könnten.

Gestiegene Kreditzinsen, gestiegene Material- und Transportkosten, höhere Löhne – das Bauen ist drastisch teurer geworden. Deswegen werden jetzt viele Projekte auf Eis oder ganz ad acta gelegt. DNN-Redakteurin Catrin Steinbach hat mit dem Dresdner Architekten Alexander Pötzsch über das Bauen in der Zukunft gesprochen und was sich ändern müsste. Pötzsch ist Stellvertretender Vorsitzender des Bundes deutscher Architektinnen und Architekten Sachsen.

DNN: Herr Pötzsch, Sie sind der Ansicht, dass ein grundsätzliches Umdenken beim Bauen stattfinden muss und dass man dann preiswerter bauen könnte. Wie denn?
Alexander Pötzsch: Auf den Punkt gebracht sind die Bauvorschriften, die Förderrichtlinien, kommunale Vorgaben und auch die Honorarordnung der Architekten das Problem, sowie unser Anspruchsdenken und das Bestreben, alles zu technisieren. Wir sind über Jahre konditioniert worden, nur das Neue gut zu finden. Es muss ein Umdenken stattfinden. Bei uns Architekten, bei den Auftraggebenden aber auch in Politik und Verwaltung. Wir müssen zum einen einfacher und angepasst auf das, was wir im Bestand vorfinden, bauen dürfen.

Man kann ein bestehendes Gebäude nicht in alles verwandeln, sondern muss verstehen, zuhören und das Potenzial erkennen. Es ist schwierig, Bestandsgebäude umzubauen und dabei allen Anforderungen der Bauordnung zu genügen. Wir wünschen uns Vereinfachungen und mehr Augenmaß. Weniger das Pochen auf Regeln und mehr zielgerichtetes Denken. Das eröffnet verschiedene Wege, um die Ziele zu erreichen. Des Weiteren finde ich es wichtig, daran zu denken, dass das, was man heute baut, der Bestand von morgen ist. Nachhaltig bauen ist also wichtig.

Bleiben wir zunächst bei den Bauvorschriften. Die gibt es ja nicht ohne Grund. Standsicherheit, Brandschutz usw. sind doch wichtig...
Unbedingt. Aber ursprünglich ging es mal darum, mit Hilfe von Vorschriften und Regeln nicht nur Sicherheit ins Bauen zu bringen, sondern auch eine Vereinfachung. Davon kann heute keine Rede mehr sein. Die Vorschriften haben ein so hohes Maß an Komplexität erreicht, dass das Bauen viel schwieriger, anspruchsvoller und vor allem teurer geworden ist.

Können Sie Beispiele nennen?

> Wir sind über Jahre konditioniert worden, nur das Neue gut zu finden. Es muss ein Umdenken stattfinden.

Die Rissbegrenzung bei der Tragwerksplanung. Das heißt, dass nur eine gewisse Verformung einer Decke zugelassen wird. Natürlich will man beim Bauen möglichst keine Risse haben. Risse passieren aber durch Temperaturschwankungen, Spannungen, Setzungen. Das ist nichts, was schlimm ist, im Sinne von Einsturzgefährdung. Und da meine ich jetzt selbstverständlich nicht statische Risse. Aber wenn man jeden kleinen Riss vermeiden will, heißt das in der Regel, dass die Decke dicker wird und bis zu doppelt so viel Stahl enthalten sein muss.

Wenn man das nicht müsste, dann würde die Decke genauso halten, aber man würde Material sparen. Zweites Beispiel: Schallschutz. In alten Häusern ist es schwer, die gesetzlichen Anforderungen an den Schallschutz zu gewährleisten. Bei einer alten Holzbalkendecke muss die Schüttung ausgetauscht und Estrich aufgebracht werden. Es könnte vereinbart werden, dass der Schallschutz verbessert wird, ohne nominell ein Ziel vorzuschreiben. Drittes Beispiel: die Entwässerung von Balkonen und Terrassen. Die Vorschrift besagt, dass die Entwässerung von Balkonen und Terrassen nicht in die Dachentwässerung eingeleitet werden darf, sondern separat geführt werden muss. Dadurch werden viel mehr Fallrohre verbaut, als eigentlich nötig wären. Es gibt noch viele weitere von diesen Vorschriften, in deren Ergebnis viel Geld verbaut wird, nur um regelkonform zu sein.

Das aufzubrechen ist schwierig...
Anhand von Positivbeispielen kann man veranschaulichen, was machbar ist und an welchen Stellen sinnvoll gespart werden kann. So kann man die Regeln auf den Prüfstand stellen. Diese Vorschriften sind oftmals lobbygetrieben und von den finanziellen Interessen der Industrie beeinflusst. Best-Practice-Beispiele sind das wirksamste Instrument, um dagegen vorzugehen. Ich bin der Meinung, dass wir Architektinnen und Architekten das können. Für uns ist jedes Haus quasi ein Prototyp, außer es ist ein Typenbau. Wir brauchen nur den Rahmen, um etwas anders und weniger aufwändig bauen zu dürfen. Und das könnte man mit Hilfe des „Gebäudetyps E".

Was meinen Sie mit Gebäudetyp E?
Das E steht für einfach oder auch experimentell. Dieser Gebäudetyp, der Abweichungen von der Norm zulässt, sollte in der Landesbauordnung verankert werden. Sowohl für den Neubau als auch für den Altbau. Das fordern der Bund deutscher Architektinnen und Architekten sowie die Architektenkammern. In Bayern beginnt bereits eine Einführung in die Landesbauordnung. In Sachsen wird es diskutiert.

Was ist das Problem bei den Förderrichtlinien?
Förderrichtlinien sollten und müssten angepasst werden. Gerade bei der Sanierung von Bestandsgebäuden. Ein Effizienzhaus aus einem alten Gebäude zu machen, kann sehr aufwändig sein und ist nicht immer sinnvoll. Warum wird es nicht gefördert, wenn man lokal traditionell baut – also zum Beispiel Lehm und Hanfdämmung nutzt – und nach der Sanierung weniger Energie verbraucht als vorher? Warum wird stattdessen gefördert, dass jemand sein Haus in Plastik einpackt? Klar ist das einfacher, preiswerter und erfüllt die Vorgaben der Förderrichtlinien. Aber es ist meterweit am Ziel vorbei, denn es produziert den Problemmüll von morgen! Mit Augenmaß an dieser Stelle zu agieren und den Leuten zuzutrauen, dass sie das Richtige wollen – das fände ich viel besser und zielführender.

Wie kann die Kommune aus Ihrer Sicht dazu beitragen, dass preiswerter gebaut werden kann?
Bebauungspläne als ein Mittel der Stadtgestaltung sind aus meiner Sicht zu lang und in zu großem Maßstab gedacht. Eine Stadt müsste aber auf Veränderungen schneller reagieren können, da wären kleinere Maßstäbe besser. Ein weiteres Beispiel ist die Stellplatzverordnung. Alle sprechen von der Verkehrswende und der Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs. Die Stellplatzverordnung in Dresden fordert immer noch den Nachweis von Stellplätzen, wenn neu gebaut wird. In der Stadt ist es oft so, dass aus Platzmangel auf dem Grundstück eine Tiefgarage gebaut wird. Die kostet viel Geld.

Oder das Grundstück, wo eigentlich Kinder spielen, Bäume stehen und Niederschläge versickern könnten, wird mit Stellplätzen zugepflastert. Oder aber – noch schlimmer – wenn die Auftraggebenden Geld sparen wollen, werden Stellplätze im Erdgeschoss platziert. Dadurch geht Platz für Wohnraum, Ladengeschäfte und Ähnliches verloren.

Und da gibt es keinen Spielraum in der Stellplatzverordnung? Ich denke an Das Grüne Holzhaus, das eine Baugemeinschaft in Striesen errichtet. Da werden 14 Familien wohnen und es werden vier Stellplätze gebaut.
Die Stellplatzverordnung ist verbessert, die Zahl der geforderten Stellplätze reduziert worden, aber eben nicht auf null gesetzt. Ich spreche nicht von barrierefreien Stellplätzen, diese werden selbstverständlich gebraucht. Grundsätzlich müsste es umgekehrt sein. Man müsste keine Stellplätze nachweisen, sondern beantragen. Nur so kann erreicht werden, dass der Verkehr verdrängt wird.

Aber die meisten Menschen haben doch nicht zum Spaß ein Auto, sondern weil sie eins brauchen. Was ist mit denen, die einen langen Weg zur Arbeit haben – vielleicht auch außerhalb der Stadt? Was ist mit denen, die Verwandte pflegen, die Kinder von A nach B bringen müssen und und und?
Ich kann nicht beurteilen, wer ein Auto wirklich braucht und wer nicht. Aber ich denke, in den meisten Fällen haben Menschen ein Auto aus Bequemlichkeit und Komfort. Zudem gilt ein Auto immer noch als Statussymbol. Wenn alle, die jetzt ein Auto haben, auf Elektromobilität umsteigen, ist das doch keine Verkehrswende. Wir haben dann genauso viel Individualverkehr, Feinstaub durch Reifenabrieb und Autobahnen.

Auch in Zukunft werden selbstverständlich Stellplätze gebraucht. Wenn die Anzahl an Autos allgemein reduziert werden würde, wären die Bestandsplätze sicherlich ausreichend. Wir müssen umdenken. Auf allen Ebenen und zuallererst in der Politik. Denn sie trägt die Verantwortung für den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs in den Städten und im ländlichen Raum und für eine bessere Vernetzung. Wer in den ländlichen Raum zieht, ist viel stärker auf den Individualverkehr angewiesen. Der ländliche Raum ist abgehangen und muss viel besser vom ÖPNV erschlossen und angebunden werden. Dadurch wird der ländliche Raum attraktiver für weitere Infrastruktur. Es ist ein einfacher Effekt. So müsste das auch in der Lausitz laufen. Wenn die Infrastruktur ausgebaut werden würde, könnte man da eine Entwicklung anstoßen.

Oder nehmen wir das Beispiel Chemnitz. Die Stadt hat einen tollen Gebäudebestand, der darauf wartet, wach geküsst zu werden und sich preislich auf einem anderen Niveau bewegt als Dresden. Aber Chemnitz ist Chemnitz. Stellen Sie sich vor, Sie hätten eine Schnellbahnverbindung zwischen Dresden und Chemnitz und könnten dort in unter einer halben Stunde sein. Chemnitz wäre zum Greifen nah. Man könnte pendeln und dem Bestand eine neue Chance geben.

Und was müsste an der Honorarordnung der Architekten geändert werden, um preiswerter bauen zu können? Verlangen die Architekten – also auch Sie – zu viel Geld?
Das Honorar leitet sich aus den Baukosten ab. Das bedeutet, die Architektin bzw. der Architekt wird belohnt, wenn teuer gebaut wird.

Also hat ein Architekt gar kein Interesse an kleineren Bauprojekten bzw. daran, die Baukosten zu senken?
Per se will ich das nicht sagen. Aber die Honorarordnung bestraft eigentlich dafür, wenn man weniger baut oder wenn man seine Auftraggebenden dahingehend berät, effektiver und preiswerter zu bauen, indem man Funktionen übereinanderlegt. Auch wir Architektinnen und Architekten müssen umdenken und uns künftig noch mehr als Dienstleister verstehen. Es muss nicht immer das Rundumprogramm sein. Viele wollen auch Eigenleistungen erbringen. Manche brauchen vielleicht nur eine Orientierung, was sie überhaupt aus ihrem Gebäude machen können. Oder man berät punktuell, schaut sich gewisse Bauzustände an und gibt Tipps, wie man Probleme lösen kann.

Aber was hindert denn die Architekten, schon jetzt so zu handeln?
Das gibt es, das muss nur mehr zur Regel werden. Damit man nicht extra Beratungsverträge machen muss, wäre es transparenter, wenn die Honorarordnung diese Dinge vorsieht. Ich persönlich kenne viele Kolleginnen und Kollegen, die sich eine Veränderung wünschen. Was wir dafür brauchen, ist ein gesamtgesellschaftliches Umdenken in Bezug auf unsere Baukultur und eine politische Grundlage dafür.

Interview: Catrin Steinbach